

Kartsaklis, Georg A. B.

Article — Digitized Version

Ehrgeiziger Entwicklungsplan: Garantie für wirtschaftliches Wachstum?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kartsaklis, Georg A. B. (1969) : Ehrgeiziger Entwicklungsplan: Garantie für wirtschaftliches Wachstum?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 5, pp. 285-289

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133973>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ehrgeiziger Entwicklungsplan – Garantie für wirtschaftliches Wachstum?

Georg A. B. Kartsaklis, Bonn

Vor zwei Jahren übernahm in Griechenland die Armee die Macht. Der viel kritisierte Oberst Papadopoulos verglich „die große Revolution vom 21. April“ mit einer chirurgischen Operation zur Gesundung des griechischen Staates. Das Rezept für die griechische Volkswirtschaft wurde kürzlich mit einem Entwicklungsplan für die Periode 1968–1972 gegeben. Damit soll Griechenland endlich das Stadium einer industriell unterentwickelten Nation verlassen und einen großen Schritt zur Industrialisierung tun. Der folgende Beitrag beschreibt die Ziele des Entwicklungsplanes und die vorgesehenen staatlichen Initiativen zu seiner Durchführung.

Seit dem Zweiten Weltkrieg befindet sich Griechenland in einem Stadium raschen Einkommenswachstums, das seit der Abwertung der Drachme im Jahre 1953 durch eine anhaltende Währungs- und Preisstabilität gekennzeichnet ist. Abgesehen von jährlichen Schwankungen stieg das Preisniveau für Konsumgüter in den Jahren 1964–1967 nur um 2 % p. a. Das reale Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten konnte dagegen in der fünfjährigen Periode 1963–1967 im Durchschnitt um 7 % pro Jahr gesteigert werden. Da die griechische Bevölkerung sehr langsam wächst – in der Periode 1963–1966 betrug die jährliche Zuwachsrate nur 0,5 % –, schlug sich dieser Wachstumsprozeß in einer außerordentlich starken Steigerung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens nieder.

Unterschiedliches Wachstum

Eine Untersuchung der einzelnen Produktionssektoren für die Periode 1963–1967 zeigt, daß das durchschnittliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts bei 6,9 % lag, während das reale Netto-Faktoreinkommen aus dem Ausland – d. h. die Nettoeinnahmen aus Kapitalerträgen und Überweisungen – im Durchschnitt um 9,6 % pro Jahr zunahm.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche trugen unterschiedlich zu dieser Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei. Am langsamsten wuchs die Produktion im Agrarsektor mit durchschnittlich 4,6 % pro Jahr; die Wachstumsrate der Dienstleistungen betrug durchschnittlich 6,9 % pro Jahr, und am schnellsten nahm die Produktion im sekundären Sektor (Industrie plus Minen) mit 8,8 % pro Jahr zu¹⁾.

Diese Entwicklung führte damit zu einer strukturellen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts. Der Anteil der primären Produktion am Bruttoinlandsprodukt nahm mit durchschnittlich 2,1 % pro Jahr ab, während der Anteil der sekundären Produktion mit durchschnittlich 1,8 % wuchs. Der Beitrag der Dienstleistungen stieg um 0,2 % pro Jahr.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die rege Investitionstätigkeit der griechischen Wirtschaft, die allerdings nicht ohne den bedeutenden Beitrag des Auslands hätte verwirklicht werden kön-

¹⁾ Die bisher gemachten statistischen Zahlenangaben wurden berechnet nach den Ermittlungen von: National Statistical Service of Greece (NSSoG), Concise Statistical Yearbook of Greece 1966, 1967; den Angaben der Commercial Bank of Greece (CBoG), Economic Bulletin, Vol. LVI (56), 1968; National Bank of Greece (NBoG), Report for the Year 1967.

nen. Die realen Bruttoinvestitionen (Anlagen plus Vorratsinvestitionen) wuchsen zwischen 1963 und 1966 mit durchschnittlich 11 % pro Jahr. Damit erreichten sie, bezogen auf die realen Gesamtausgaben der Volkswirtschaft zwischen 1962 und 1966, einen jährlichen Anteil von durchschnittlich 22,9 % und wuchsen um 1,5 % p. a. schneller als die Konsumausgaben. Mehr als ein Drittel dieser Investitionen wurde vom Ausland finanziert, wobei der Anteil der ausländischen Finanzierung zwischen 1963 und 1966 jährlich um durchschnittlich 14,5 % stieg ²⁾.

Rückständige Volkswirtschaft

Trotz dieser beachtlichen Fortschritte zeigte die griechische Volkswirtschaft im Jahre 1967 immer noch sehr deutlich die typischen Merkmale einer industriell rückständigen Volkswirtschaft. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen hat zwar die Höhe von ca. 710 US-\$ erreicht ³⁾, aber die Verteilung des Einkommens auf die verschiedenen Produktionszweige zeigt doch noch sehr große Unterschiede. So liegt der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt pro Beschäftigten in der Landwirtschaft nur bei etwa 600 \$, im sekundären Produktionssektor dagegen bei rd. 1833 \$ und im tertiären Sektor bei rd. 2167 \$ pro Jahr ⁴⁾. Dabei muß berücksichtigt werden, daß von den insgesamt 3,6 Mill. Beschäftigten 50 % in der Landwirtschaft, 21 % in der Industrie und 29 % im Dienstleistungssektor tätig waren.

Angesichts dieser ungleichen Einkommensverteilung sind die bisherigen Entwicklungsergebnisse dürftig, und der Entwicklungsprozeß muß deshalb intensiver vorangetrieben werden als bisher. Die griechische Regierung legte kürzlich einen Entwicklungsplan für die Periode 1968-1972 vor, der in Form eines Rahmenplans ausgearbeitet worden ist. Der Plan basiert auf dem marktwirtschaftlichen Prinzip. Er enthält also lediglich Entwicklungsziele und die zu ihrer Verwirklichung durchzuführenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Den geplanten und zum Teil bereits gesetzlich verankerten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist daher besonderes Gewicht beizumessen.

Staatliche Initiativen

Die künftige Industrialisierung Griechenlands wird in erster Linie durch den Einsatz privaten Kapitals geprägt sein. Nur dort, wo die private Initiative den Planerwartungen nicht entspricht, wird die

ETBA (Bank der industriellen Entwicklung Griechenlands) unter Mitwirkung in- und ausländischen Privatkapitals den Industrialisierungsprozeß ankurbeln.

Die staatliche Initiative beschränkt sich langfristig auf den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur und der Verwaltung, kurzfristig auf die Abschwächung von Konjunkturschwankungen. Dadurch hofft der Staat, sowohl die private Investitionstätigkeit anzuregen als auch eine relative Stabilität des Entwicklungsprozesses zu erreichen.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings erstaunlich, daß die für die Planperiode 1968-1972 vorgesehenen öffentlichen Investitionen rd. 33,3 % der realen Gesamtinvestitionen ausmachen werden. Das entspricht einer Verdoppelung der staatlichen Investitionstätigkeit gegenüber der Periode 1962-1966. Dieser Trend zur Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit betrifft alle Produktionssektoren mit Ausnahme des verarbeitenden Gewerbes und dient dem Ziel, die Investitionsmöglichkeiten für private Investoren zu verbessern. Priorität besitzen dabei: Investitionen im Energiesektor (28,4 % der gesamten öffentlichen Investitionen), im Verkehrssektor (21,8 %), in der Landwirtschaft (14,2 %), im Kommunikationswesen (9,5 %), im Erziehungswesen (7,6 %), in der Wasserversorgung und Kanalisation (4,8 %), im sozialen Wohnungsbau (3,3 %), in der Modernisierung des Verwaltungsapparates (2,8 %), im Tourismus (2,4 %), im Bergbau (2,4 %) usw. ⁵⁾.

Ein Vergleich der geplanten mit der in der Vergangenheit durchgeführten staatlichen Investitionspolitik zeigt, daß vor allem die früher vernachlässigten Sektoren wie Bergbau, Erziehung, sozialer Wohnungsbau und Elektrizitätsversorgung stark in den Vordergrund getreten sind.

Wachstum bei stabilen Preisen

Als unabdingbares Ziel des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses wird die Erhaltung der Preisstabilität angesehen. Das Preisniveau wird zwar im Zuge der wirtschaftlichen Expansion steigen, aber man ist fest entschlossen, Preissteigerungen von höchstens 2 % p. a. zuzulassen. Bei dem voraussichtlich schnellen Wirtschaftswachstum bedeutet dies, daß, gemessen am Binnenwert des Geldes, die griechische Währung nach wie vor eine der stabilsten der Welt bleiben wird.

Ziel des Programms ist es, in der Fünfjahresplanperiode 1968-1972 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 8 % p. a. zu erreichen ⁶⁾, was einer jährlichen Steigerung des

²⁾ Ermittelt nach NSSoG, Concise Statistical Yearbook of Greece 1966, S. 164, sowie NSSoG 1967, S. 166.

³⁾ Vgl. hierzu: Economic Development Plan for Greece 1968-1972, Athen 1968, S. 151, Hrsg. Ministry of Coordination, Central Committee for the Elaboration of the Economic Development Plan. Im folgenden zitiert als EDPfG, a. a. O.

⁴⁾ Vgl. CBoG, Economic Bulletin, Vol. LVI (56), 1968, S. 14.

⁵⁾ Vgl. EDPfG, a. a. O., S. 168.

⁶⁾ Vgl. hierzu und zu den folgenden Feststellungen: EDPfG, a. a. O., S. 145-198.

Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen von 8,4 % entspricht. Damit soll das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung im Jahre 1972 rd. 1020 US-\$ erreichen und wird um 44 % über demjenigen von 1967 liegen. Diese Wachstumsbeschleunigung soll vor allem durch eine Expansion des Bergbaus, der Schwerindustrie und der Stromversorgung erreicht werden. In der metallverarbeitenden Industrie rechnet man mit jährlichen Wachstumsraten von 22 %, in der chemischen Industrie mit 17 %. In allen anderen Industriezweigen sollen die Wachstumsraten zwischen mindestens 6,5 % und höchstens 13,5 % pro Jahr liegen. Wenn es gelingt, diese Planvorstellungen zu verwirklichen, besitzt die griechische Wirtschaft am Ende der Planperiode ein solides Fundament für den weiteren Aufbau einer Grundstoffindustrie.

Zukünftige Agrarpolitik

Im Agrarsektor zielen die Planvorstellungen darauf ab, einerseits die Erzeugung solcher Produkte zu fördern, die Griechenland in den letzten Jahren im steigenden Umfang importieren mußte (Fleisch-, Milch- und Fischprodukte), andererseits aber auch

darauf, die Landwirtschaft im Hinblick auf die volle Assoziation an die EWG konkurrenzfähig zu erhalten. Die geplanten agrarpolitischen Maßnahmen versuchen der besonderen Stellung der Agrarwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft gerecht zu werden und ihre spezielle Situation zu berücksichtigen.

Die Bemühungen um eine Konsolidierung, Meliorisation und Vergrößerung der Betriebseinheiten stehen hier – ähnlich wie in den früheren Plänen – an erster Stelle. Darüber hinaus will man aber das bisherige System der Preisgarantie für bestimmte landwirtschaftliche Produkte durch ein gefächertes Bündel ineinandergreifender Maßnahmen ablösen, das gezielt die Umstrukturierung der Landwirtschaft unterstützen soll. So wird z. B. für unverderbliche landwirtschaftliche Produkte ein Mindestpreis festgelegt, der allmählich auf das Preisniveau der EWG angehoben werden soll. Für die Produktion leichtverderblicher, aber hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollen Produktionsanreize gegeben werden. Dazu gehören Transportkostensenkungen zur Erleichterung der Vermarktung und für verarbeitete Produkte Preisstützungen beim Endprodukt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

NEUERSCHEINUNG

ECONOMIC INTEGRATION IN ASIA

von **Shin Joe Kang**

Eine zukunftsorientierte Integrationspolitik ist im Verlauf der vergangenen Jahre zum meist diskutierten wirtschaftspolitischen Thema in Asien geworden. Unter dem Eindruck der erfolgreichen Integrationsbemühungen in Europa und Lateinamerika wurden auch in Asien in den 60er Jahren zahlreiche Organisationen gegründet, die eine Intensivierung der wirtschaftlichen Integration dieses Raumes zum Ziel haben. Der vorliegende Band gibt einen hervorragenden Überblick über die bisherigen Integrationsanstrengungen und neben der Analyse der Faktoren, die zum vorläufigen Scheitern aller Integrationsversuche geführt haben, ein praktikables Konzept, nach dem schrittweise der Aufbau eines in Zukunft integrierten Wirtschaftsraumes in Südostasien vollzogen werden kann.

90 Seiten, 1969, Großoktav, Preis brosch. DM 24,—

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

In besonderem Maße soll in der Fünfjahresplanperiode die Entwicklung der Viehwirtschaft und Milchproduktion vorangetrieben werden. Zweifellos wurde dieser Bereich der griechischen Landwirtschaft bisher am meisten vernachlässigt. Aber die Investitionen für eine rasche Expansion sind sehr kostspielig (Stallungen, Geräte, Einzäunung der Weiden, Molkereien, Schlachthäuser, Viehmärkte usw.), und ohne eine kräftige Unterstützung durch die zuständigen Kreditorganisationen kann das Ziel nicht erreicht werden, die Fleischimporte, die im Jahre 1966 noch 30% des inländischen Verbrauchs ausmachten, auf 5% im Jahre 1972 zu senken. In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen zu sehen, die Landwirtschafts-Bank stärker in das Depositengeschäft mit Privatkunden einzuschalten. Die Finanzkraft dieser bisher nahezu ausschließlich auf öffentliche Mittel angewiesenen Bank wurde so erheblich gestärkt. Für die beabsichtigten Umstrukturierungsmaßnahmen soll außerdem soweit wie möglich die Unterstützung des EWG-Fonds gewonnen werden.

Wandel in der Beschäftigtenstruktur

Der Anteil der Beschäftigten im Agrarsektor soll von 50% im Jahre 1967 auf 44,7% im Jahre 1972 sinken, und zwar zugunsten einer steigenden Beschäftigung in der Industrie (1972 = 24,1%) und im Dienstleistungssektor (1972 = 31,2%). Diese Umstrukturierungsmaßnahmen werden die Einkommenssituation in der Landwirtschaft entscheidend verbessern. Bemerkenswert ist, daß die Veränderung der Beschäftigtenstruktur nicht im Zusammenhang mit der Expansion der verarbeitenden Industrie erwartet wird, sondern vor allem durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bau- und Energiesektor. Das bedeutet, daß die rasche weitere Industrialisierung vornehmlich durch kapitalintensive Investitionen gekennzeichnet sein wird. Griechenlands Industrie wird also den neuesten Stand der Technik übernehmen, um international konkurrenzfähig zu werden. In dieser Hinsicht trägt der Entwicklungsplan der Tatsache Rechnung, daß mit der vollen Assoziierung an die EWG die Absatzmöglichkeiten der inländischen Industrie einem verschärften Wettbewerb ausgesetzt sind.

Konsum- und Sparpolitik

Eine der entscheidendsten Voraussetzungen für die Verwirklichung des ehrgeizigen Wirtschaftsprogramms ist die Vergrößerung der inländischen Ersparnis, und zwar in weit stärkerem Maße als zuvor. Im Plan wird unterstellt, daß der Konsum langsamer wächst als das Einkommen steigt. Man schätzt, daß der Gesamtverbrauch im Durchschnitt mit 7,9%, der Privatverbrauch mit 8,1% und der Staatsverbrauch mit 6,3% pro Jahr wachsen wird.

Unter diesen Voraussetzungen nimmt man an, daß die inländischen Ersparnisse derart gesteigert werden können, daß sich ihr Anteil an der Kapitalbildung von 71,6% im Jahre 1967 auf 75,2% im Jahre 1972 erhöht. Um die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der griechischen Volkswirtschaft zu verbessern, ist also die Regierung entschlossen, zu Lasten des Staatsverbrauchs große Opfer zu bringen. Der Anteil der staatlichen Ersparnis soll nämlich bis 1972 jährlich um rd. 16% steigen, wohingegen der Anteil der privaten Ersparnisse nur um rd. 11% jährlich wachsen soll.

Geplante Steuerreform

Um diese Sparleistungen zu verwirklichen, ist eine Reform des Steuerwesens und eine bemerkenswert weitgehende Politik der Investitions- und Sparanreize vorgesehen. Angesichts des raschen wirtschaftlichen Expansionsprozesses, in dem sich Griechenlands Wirtschaft seit Jahren befindet, sind größere Steuereinnahmen im Zusammenhang mit steigenden Einkommen und Gewinnen zu erwarten. Die gegenwärtig bestehende Steuerprogression schöpft aber nicht genügend von den höheren Einkommen und größeren Gewinnen ab und entspricht damit nicht mehr dem jetzigen Stadium der griechischen Volkswirtschaft. Dazu existieren eine Unzahl kleinerer Steuern, die, einmal kurzfristig zur Deckung von Budgetdefiziten aufgelegt, beibehalten wurden. Außerdem ist der Anteil aus indirekten Steuern am Steueraufkommen immer noch unverhältnismäßig hoch.

Die im Plan anvisierte Steuerreform soll daher eine dem jetzigen und künftigen Entwicklungsstand angemessene Form erhalten. Sie soll durch eine geeignete Progression die Steuereinnahmen erhöhen und Nebensteuern soweit wie möglich ausschalten. Gleichzeitig sollen durch gezielte Steuerbefreiungen Investitions- und Sparanreize gegeben werden. Im Sinne einer Steuerkontinuität ist die Reform langfristig konzipiert, so daß ständige Änderungen im Steueraufkommen vermieden werden können.

Neue Geld- und Kreditpolitik

Investitions- und Sparanreize sollen zusätzlich über eine Verbesserung des Bankensystems und den Ausbau eines Kapitalmarktes stimuliert werden. Der Plan empfiehlt, für langfristige Einlagen eine differenziertere Zinsstaffelung einzuführen, als das bisher der Fall war. Dieser Absicht steht die oligopolistische Struktur des griechischen Bankensystems entgegen. Zur Intensivierung des Wettbewerbs ist die griechische Regierung deshalb an der Einschaltung ausländischer Banken interessiert. Die kommerziellen Banken müssen in Zukunft in erster Linie Konsumentenkredite an

den Handel und private Haushalte vergeben, um jenen Teil des Finanzvermögens, der bisher über private „Kanäle“ lief, in das Bankennetz zu leiten. Die Entwicklung eines funktionierenden Kapitalmarktes wird ebenfalls nur mit Beteiligung der privaten Unternehmer und Haushalte möglich werden. Als eine erste Maßnahme sind lt. Gesetz Einnahmen aus Dividendenzahlungen von Kapitalmarktpapieren bis zu 2000 DM, wenn sie von einer Gesellschaft, und bis zu 4000 DM, wenn sie von mehreren Gesellschaften stammen, einkommensteuerfrei. Damit soll gleichzeitig auf griechische Kapitalgesellschaften, die bisher kein großes Interesse an der Kapitalmarktfähigkeit ihrer Papiere besaßen, ein Druck ausgeübt werden. Weiter spricht der Plan von einem „Schuldenmanagement“ anstelle einer „Schuldenverwaltung“ der öffentlichen Hand und fordert, daß durch die Ausgabe gut ausgestatteter Staatspapiere zusätzliches Finanzvermögen für die Durchführung des Entwicklungsprogramms mobilisiert wird.

Solche und andere Maßnahmen bedeuten einen schon längst fälligen Fortschritt in der griechischen Geld- und Kreditpolitik, die sich jetzt zum ersten Male den internationalen Gepflogenheiten annähert. Bei dem herrschenden hohen Zinsniveau, der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung und bei relativ stabilen Preisen können auch die Anlagebedingungen für inländische Einkommensbezieher sehr attraktiv gestaltet werden. Eine intensivere Verflechtung der Finanzvermögen in Griechenland ist heute mehr denn je eine unabdingbare Voraussetzung für die notwendige Liquidität des Investitionsprogramms der Fünfjahresplanperiode.

Neue Außenhandelspolitik

Die Finanzierungslücke, die durch die mangelnde Fähigkeit der griechischen Volkswirtschaft zur vollen Finanzierung des geplanten Investitionsprozesses entsteht, wird durch Kredite aus dem Ausland gedeckt werden müssen. Zwar wird der Außenbeitrag auch in der kommenden Planperiode, in absoluten Größen gemessen, steigen, aber sein Anteil an der Realkapitalbildung soll von 28% im Jahre 1968 auf 25% im Jahre 1972 fallen. Das kann nur durch eine Steigerung der Exporte und weitgehende Substitution bestimmter Importgüter erreicht werden. Die Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, zwischen 1968 und 1972 Griechenlands Angebot an Baumwolle, Zitrusfrüchten, Gemüse und vor allem Aluminiumprodukten, petrochemischen Erzeugnissen, Transport- und Tourismusleistungen weiter zu steigern und gleichzeitig den Exportanteil traditioneller Produkte, wie Tabak, Rosinen und Korinthen, möglichst zu verringern. Vor allem sollen die bisher üblichen Aluminium- und Nickelexporte zugunsten der Inlands-

verarbeitung zurückgehen. Das Wachstum der Einfuhren soll weiter verlangsamt werden, und zwar aufgrund einer wachsenden Inlandsproduktion vieler traditioneller Importgüter. Die Einfuhr von Kapitalgütern soll allerdings im Vergleich zur Vergangenheit erweitert werden.

Finanzierung des Wachstumsprozesses

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Finanzierungsmöglichkeiten der griechischen Volkswirtschaft noch begrenzt sind. Von den rd. 12,7 Mrd. \$, die zwischen 1968 und 1972 für die Realisierung des Wachstumsplans aufgebracht werden müssen, kann die griechische Volkswirtschaft voraussichtlich mehr als 90% finanzieren, den Restbetrag von rd. 1,3 Mrd. \$ muß das Ausland bereitstellen. An dieser Verschuldung an das Ausland werden der Staat mit rd. 400 Mill. \$ und die privaten Unternehmer mit rd. 900 Mill. \$ beteiligt sein. Sowohl Griechenlands private Unternehmer als auch der Staat sind daher auf der Suche nach ausländischen privaten und öffentlichen Geldgebern.

In diesem Zusammenhang müssen die Bemühungen erwähnt werden, die unter steuerlich günstigeren ausländischen Flaggen laufenden Flotten griechischer Reeder zurückzugewinnen. Im Plan wird darauf verwiesen, daß ein weitgehendes Entgegenkommen der Regierung im Interesse der griechischen Volkswirtschaft liegt und lediglich mit Förderungsmaßnahmen verglichen werden kann, wie sie auch andere Nationen durch die Subvention ihrer Flotten aufweisen. Vielleicht gelingt es, die Repatriierung der griechischen Flotten erfolgreich durchzuführen. Für die Einlagen griechischer Reeder in griechische Banken sollen jedenfalls Zinssätze eingeräumt werden, die über denjenigen anderer europäischer Banken liegen.

Inzwischen konnte Griechenlands Regierung sich bereits 400 Mill. \$ durch einen Vertragsabschluß mit Onassis sichern. 900 Mill. \$ müssen aber noch aufgebracht werden, damit das ehrgeizige Wachstumsprogramm voll verwirklicht werden kann. Es ist zu erwarten, daß das Interesse des ausländischen Privatkapitals unter den geltenden steuerlichen und währungspolitischen Begünstigungen, die im Zusammenhang mit dem raschen wirtschaftlichen Expansionsprozeß als besonders vorteilhaft gelten müssen, und angesichts der hohen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals steigen wird.

Wenn es gelingt, den notwendigen Entwicklungsprozeß voll zu finanzieren, kann Griechenland in den kommenden fünf Jahren im Verhältnis zur Vergangenheit einen größeren Schritt auf dem Wege zur Industrialisierung tun. Die ökonomischen Voraussetzungen sind dafür sicherlich gegeben.